Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/420
16.05.2007

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

31. Sitzung (öffentlich)

16. Mai 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:15 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

5

1 Bio boomt an NRW vorbei

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3853

Der Ausschuss erklärt sich ohne weitere Wortmeldungen mit der Weiterleitung des Antrags ohne Votum einvernehmlich einverstanden.

2 Informationsgesetz für Verbraucherinnen und Verbraucher Nordrhein-Westfalens 6

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3855

Der Ausschuss erklärt sich einvernehmlich damit einverstanden, den Antrag gemäß Vereinbarung der Obleute ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

Seite

3 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774
Ausschussprotokoll 14/369
Stellungnahmen siehe APr 14/369

Der Ausschuss diskutiert abschließend über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2774. Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der SPD-Fraktion angenommen.

4 NRW: Standort und Partner für ein vernetztes Europäisches Technologieinstitut 9

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3498

Nach abschließender Beratung wird der Antrag der Fraktion der SPD mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion bei Enthaltung durch die Grünen-Fraktion abgelehnt.

5 Baden-Württemberg will Erneuerbare Energien beim Hausbau vorschreiben – was tut NRW? 12

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3645

Nach abschließender Beratung wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/3645 mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum das SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

6 Gründung der NRW.International GmbH: Parlamentarische Steuerungsfähigkeit durch ein Höchstmaß an Transparenz sichern und so das Parlament nicht außen vor lassen 15

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3646

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/3646 wird nach abschließender Beratung einvernehmlich für erledigt erklärt.

Seite

7 Standorteprogramm für Steinkohlereviere in Nordrhein-Westfalen 17

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3839

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/3839 wird mit Stimmenmehrheit von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der SPD-Fraktion abgelehnt.

8 Transparenz im Strommarkt herstellen 21

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4020

Der Ausschuss verständigt sich nach Nachstellungnahmen aus den Fraktionen darauf, zunächst den Bericht der Bundesregierung abzuwarten und anschließend erneut in die Beratung einzutreten.

9 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten 23

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4209

Im Anschluss an eine zum Teil sehr kontrovers geführte Diskussion wird die Abstimmung bis zur Vorlage eines Votums aus dem Hauptausschuss mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geschoben.

10 Klimaschutz konkret: Potenziale von Energieeinsparung und -effizienz erschließen 29

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4234

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache geschoben, bis die mitberatenden Ausschüsse ihr Votum vorgelegt haben.

Seite

11 Junge Frauen in Berufe mit Zukunft 30

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3836

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zunächst die zu diesem Antrag anberaumte Anhörung abzuwarten.

12 Wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Straßenverkehr ergreifen! 31

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3848

Der Ausschuss verständigt sich nach kurzer Aussprache darauf, zunächst die zu diesem Thema vorgesehene Anhörung abzuwarten und darüber hinaus stellt Minister Thoben (MWME) zusätzliche Informationen mit Vorlage 14/1101 zur Verfügung.

13 Propylen-Pipeline 33

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/1080

Dem Ausschuss liegt zum Thema des Tagesordnungspunktes mit Vorlage 14/1080 ein Bericht der Landesregierung vor. Weitere Nachfragen aus dem Ausschuss gibt es nicht.

14 Verschiedenes

a) Präsentation der NRW.Bank

b) Termin des Wirtschaftsausschusses mit dem VDEW

c) Schreiben des ABV-Vorsitzenden

Zu den Unterpunkten a) bis c) siehe Seite 34 des Diskussionsteils.

*****

3 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774
Ausschussprotokoll 14/369
Stellungnahmen siehe APr 14/369

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps erläutert das bisherige Beratungsverfahren: Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2774 sei nach seiner ersten Lesung durch Plenarbeschluss vom 15. November 2006 an den hiesigen Ausschuss zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform, den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie den Kulturausschuss überwiesen worden.

Am 14. März 2007 habe der hiesige Ausschuss unter Beteiligung der mitberatenden Ausschüsse im Plenarsaal eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt, die im Ausschussprotokoll 14/369 einschließlich der eingegangenen Stellungnahmen und Zuschriften dokumentiert sei.

Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe in seiner Sitzung am 25. April 2007 den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen das Votum der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ohne Änderungen angenommen.

Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform habe den Gesetzentwurf am 9. Mai 2007 ebenfalls ohne Änderungen angenommen, wobei neben den Fraktionen von CDU und FDP auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Gesetzentwurf und die SPD-Fraktion gegen den Gesetzentwurf gestimmt habe.

Der Kulturausschuss habe sich am 25. April 2007 darauf verständigt, zum Gesetzentwurf kein Votum abzugeben. Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz habe dem hiesigen Ausschuss kein Votum übermittelt.

Die CDU-Fraktion, teilt **Josef Hovenjürgen (CDU)** mit, werde dem Gesetzentwurf ohne weitere Änderungswünsche zustimmen.

Bereits in der parlamentarischen Debatte habe die Union deutlich gemacht, dass sie schon bei der Änderung des RVR-Gesetzes die Absicht gehabt habe, weitergehende Änderungen zu erreichen. Wegen anderer Mehrheiten sei dies damals nicht gelungen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Wir haben doch zugestimmt zum RVR-Gesetz!)

Auch die FDP-Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen, legt **Dietmar Brockes (FDP)** dar. Dass die Zersplitterung der Regionalplanung nunmehr beendet werde, bedeute einen wichtigen Schritt nach vorne für das Ruhrgebiet. Die Metropolregion Ruhr erhalte die Chance, das Heft selber in die Hand nehmen zu können.

Seine Fraktion, so **Reiner Priggen (GRÜNE),** werde dem Gesetzentwurf unbeschadet einiger Kritikpunkte im Detail zustimmen. Die Grundrichtung stimme allerdings. Aus den Parteigliederungen der Grünen-Fraktion im Ruhrgebiet erhalte er positive Signale. Eine gewisse unnatürliche Aufsplitterung des Ruhrgebiets werde jetzt beendet. Dem Ruhrgebiet würden Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet.

Thomas Eiskirch (SPD) wird den Gesetzentwurf namens seiner Fraktion ablehnen. Beispielsweise sei der Bereich, der sich um die Regional- und Flächennutzungsplanung drehe, lediglich ein Deckmantel dafür, die Entmachtung der Oberbürgermeister im RVR voranzutreiben. Außerdem mache es keinen Sinn, 2007 einen Zwischenschritt zu vollziehen, der erst 2010 - also nach der nächsten Kommunalwahl - Auswirkungen haben werde, wenn man bereits 2012 eine Verwaltungsreform haben wolle. Es wäre besser, die Erfahrungen im Zusammenhang mit den regionalen Flächennutzungsplänen im Ruhrgebiet abzuwarten. Ausweislich der Stellungnahmen hätten es beispielsweise die kommunalen Spitzenverbände für richtig erachtet, zunächst das zu evaluieren, was seit gerade einmal zwei Jahren geschehe. Sobald der Vorstand zu einem reinen Verbandsausschuss reduziert werde, werde das Engagement der Hauptverwaltungsbeamten geringer. Die Integration der Kommunen in die Arbeit des Verbandes werde gleichfalls sinken.

Es fehle nach wie vor eine sinnvolle Begründung dafür, den Vorstand abzuschaffen und durch einen Verbandsausschuss zu ersetzen. Der Gesetzentwurf werde lediglich aus parteipolitischem Machtkalkül vorangetrieben, um das Ruhrgebiet zu brechen.

Nach seinem Verständnis der Kommunalverfassung, äußert **Josef Hovenjürgen (CDU),** bestimmten nicht die Oberbürgermeister, sondern die Räte den Lauf der Politik vor Ort.

Dietmar Brockes (FDP) betont, das Gesetz werde dem Ruhrgebiet einen wichtigen Schub verleihen. Weitere Schritte folgten, die einen Aufschwung für Nordrhein-Westfalen bedeuteten.

In der sich anschließenden **Abstimmung** wird der **Gesetzentwurf** der Landesregierung Drucksache 14/2774 mit den Stimmen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der SPD-Fraktion **angenommen.**

Sodann gratuliert **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps** dem Ausschussmitglied Dr. Gerhard Papke zum heutigen Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)